



## Politiker\*\_/innen

Kein Mensch aus einer anderen Berufsgruppe steht derart unter Beobachtung wie Politiker. Nicht nur die Medien sind ihnen gegenüber gnadenlos, sondern auch die Bürger. Wenn einem irgendetwas nicht passt, sind die Schuldigen leicht ausgemacht. Es sind die Politiker, die dafür sorgen, dass...und damit ständig in unser Leben eingreifen.

Zuerst muss einmal die Frage gestellt werden, ob Politiker überhaupt ein Beruf ist. Bei einem Blick auf die beliebtesten Ausbildungsberufe steht Kraftfahrzeugmechatroniker an erster Stelle, gefolgt von Kaufleuten für Büromanagement, Verkäufer, Fachinformatikerinnen, Medizinische Fachangestellte, Kaufleute im Einzelhandel, Industriekaufleute, Elektroniker, Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, was **Robert Habeck** freuen dürfte, und Zahnmedizinische Fachangestellte. Das klingt doch sehr gut. Bei den Frauen werden noch Hotelfachfrau, Friseurin und Steuerfachangestellte zusätzlich genannt.

Quelle: AUBI plus

Politiker ist kein Ausbildungsberuf, was aber dringend erforderlich wäre. Irgendetwas studiert zu haben, am liebsten Jura, reicht nicht aus. Rhetorikkurse wären sehr hilfreich, um die Verständlichkeit zu verbessern. Den beiden zurückgetretenen Grünen-Vorsitzenden wurde immer wieder vorgehalten, nichts gelernt und keine Ausbildung abgeschlossen zu haben. Diesen Vorwurf muss sich auch der SPD-Generalsekretär **Kevin Kühnert** anhören. Dass er trotzdem sehr gut reden und politische Zusammenhänge verständlich darstellen kann, ist vermutlich Talent, was nicht erlernbar ist.

Was veranlasst einen Menschen dazu, in die Politik zu gehen? Sich gesellschaftlich engagieren zu wollen, ist ebenso löblich wie erforderlich. Der Schritt hin zum Berufspolitiker, ist dann aber nochmal eine ganze andere Geschichte. Die Bezirksverordnetenversammlungen werden gern als Probestübungsstätte für höhere Aufgaben angesehen. Die Tätigkeit gilt offiziell als ehrenamtlich, wird aber mit einer Aufwandsentschädigung von 937,50 Euro, plus Sitzungsgelder, vergütet, steuerfrei. Ehrenämter, für die man knapp 1.000 Euro bekommt, sind eher selten.

Aus der BVV heraus stehen den Amateurpolitikern viele Wege nach oben offen. Zum Beispiel Bezirksstadtrat, was hauptberuflich gut 8.000 Euro im Monat einbringt. Ein Abgeordneter erhält derzeit 7.249 Euro, die zu versteuern sind, zusätzlich Mittel für das

Wahlkreisbüro und bis zu drei Mitarbeiter, was Arbeitsplätze, wenn auch nur temporär schafft. Man kann als Politiker gut verdienen, solange das Mandat dauert, und dann? Der zu erbringende Zeitaufwand schreckt viele Interessenten ab, es gibt aber immer genügend, die es machen wollen, sonst wären ja die Nominierungsversammlungen der Parteien langweilig.

Politiker leisten unbestritten eine sehr aufwendige Arbeit, können es aber eben nicht allen recht machen. Jede Entscheidung für etwas, schränkt andere ein. Eine hundertprozentige Zufriedenheit kann also nie erreicht werden. In der Liste der Berufsgruppen, zu denen wir am meisten Vertrauen haben, stehen Politiker an letzter Stelle, mit 14 Prozent, noch hinter Banker (40%), Journalisten (38%) und Versicherungsvertreter (23%). Am meisten Vertrauen haben wir zu Feuerwehrleuten (96%).

Quelle: Mensch, Erde. Dr. Eckart von Hirschhausen

Es ist natürlich falsch anzunehmen, dass Politiker ihr Tun danach ausrichten, wie sie die Bürger am besten ärgern können. Dass Politiker oft abgehoben erscheinen, mag im Einzelfall stimmen, sage aber niemand, dass man sie nicht erreichen und sprechen könne.



Foto: Ed Koch

In der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses gibt es ein Format, das „**Fraktion vor Ort**“ heißt. In regelmäßigen Abständen touren die Abgeordneten durch ihren Wahlkreis und suchen Kontakt zu den Bürgern. Am gestrigen Freitag war **Lars Rauchfuß** in seinem Kiez unterwegs, ab 10:00 Uhr stand er für Gespräche zur Verfügung, klingelte an den Haustüren, um sich persönlich vorzustellen, informierte sich zwischendurch bei dem Bildungsträger „inab“ über Angebote für Kinder und Jugendliche und stand ab 16:00 Uhr für Fragen und Anregungen in Alt-Mariendorf bei **Eis Hennig** zur Verfügung.



Beim Verlassen des U-Bahnhofs traf man auf eine lange Schlange von Menschen, die ihren Blick auf bunte Luftballons an einem Restaurant gerichtet hatten. Wie sich schnell herausstellte ging es um die Eröffnung eines wahrhaft seltenen kulinarischen Angebots in Berlin. Ein Döner-Laden ging an den Start und hatte dazu irgendeinen Rapper eingeladen, der T-Shirts versteigerte.

*Eis Hennig* befindet sich gegenüber, ohne Luftballons und mit überschaubarem Andrang. Mehr als Gesprächsangebote machen, kann man ja schließlich nicht. Nach dem verheerenden Versuch von **Raed Saleh** bei **Kurt Krömer**, SPD-Werbegeschenke einzusetzen, gab es bei **Lars Rauchfuß** nicht einmal einen Kugelschreiber und T-Shirts wurden auch nicht verlost. Sogar das Eis musste man selbst bezahlen, was keinen der Teilnehmenden überforderte, Karamehl und Rum Traube, da kommt kein Döner mit. Vor dem großen Fenster sah man Jugendliche mit den in Fladenbrot eingepacktem Grillfleisch kleckernd vorbeiziehen. Kein schöner Anblick.

Hinter der Scheibe bei leckerem Eis ging es um die Fragen, die die Bürger in Tempelhof bewegen. Natürlich stand die Randbebauung auf dem Tempelhofer Feld ganz oben auf der Liste. Eine Dame, die sich dagegen aussprach, konnte den SPD-Abgeordneten nicht überzeugen und dieser auch nicht die Bürgerin. So ist das nun mal. Mein Einwurf, dass diese Diskussion überflüssig sei, denn gäbe es einen neuen Volksentscheid, würde dieser wieder durchfallen und alles bliebe, wie es ist. *Und für den vom Senat angestrebten internationalen Ideenwettbewerb müssen wir drei Millionen Euro ausgeben*, kritisierte die Dame. Da fielen allen gleich bessere Verwendungsmöglichkeiten ein.

Beim Thema Radwege habe ich mich sicherheitshalber nicht eingemischt, denn die anderen finden diese toll, obwohl es Lücken im System gibt. Auch wenn **Lars Rauchfuß** nicht einer Fee gleich, alle Wünsche erfüllen kann, so stellte er dennoch die Frage danach. Eine Teilnehmerin wünschte sich, dass ihre E-Mails an die Grüne Verkehrsstadträtin aus Tempelhof-Schöneberg von dieser beantwortet würden. **Und damit leiten wir galant zu dem Thema über, das die Bewohner dieser Stadt am meisten nervt, die Verwaltung.** Ja, es gibt Stadträte, die Mails zügig beantworten, es gibt aber eben auch die vielen anderen, die erheblich zur Politikverdrossenheit beitragen.

Am Donnerstag trafen sich die Mitglieder des Ausschusses für Mobilität und Verkehr. Am Anfang scheiterte, mal wieder, die Wahl des Vorsitzenden.

Die AfD hat das Vorschlagsrecht, ihr Kandidat erhielt zwei der 18 Stimmen, also leitete der Vize-Vorsitzende der CDU die Sitzung.



Schwerpunktmäßig ging es um den Wirtschaftsverkehr in Berlin, wozu Vertreter der Fuhrpark-Innung, der IHK, der BSR, des Kurier-, Express- und Postdienstes sowie der DHL, vertreten durch **Andreas Schwager**, Projektmanager für nachhaltige Transport-Zustellungen, eingeladen wurden.

Schwager hat mit seinem Team ein Solarboot auf die Spree gebracht, das in einem Pilotprojekt Pakete transportiert, wir berichteten mehrfach darüber. Am 10. Dezember 2019 hat der Berliner Senat als erstes Bundesland die Klimanotlage erkannt. *„Der Wirtschaftsverkehr muss einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung der klimawirksamen Emissionen leisten. Hierzu werden neue Modelle zur Verkehrsreduzierung im Wirtschaftsverkehr und zur Umstellung auf lokal emissionsfreie Antriebe gefördert.“* So der Plan. Diejenigen, die den Wirtschaftsverkehr in Berlin betreiben, tun ihr Möglichstes, das Hauptproblem ist aber, durch die Stadt zu kommen und Lieferungen zuzustellen. Die Probleme, die beispielsweise die BSR bei der Müllentsorgung hat, sind eklatant. Sie schafft sich schon schmalere Fahrzeuge an, um durchzukommen, der Weg in die Häuser zu den Müllbehältern ist aber oft versperrt.

Transportmöglichkeiten auf den Berliner Gewässern sind weitestgehend noch ungenutzt. Ein Solarboot löst das Problem nicht, zwei wären schon besser und eines Tages noch viele weitere. Die Senatsverwaltung und DHL sind sich einig darüber, die Rahmenbedingungen zu verbessern und haben einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Und an dieser Stelle wird wieder ein Hauptproblem Berlins sichtbar: Die Zuständigkeit der Bezirke. *„Solarbetriebene DHL-Packstationen sollen an Haltepunkten der Solar-schiffe entlang der Wasserstraßen auf öffentlichem Raum aufgestellt werden. Genehmigungen dafür wurden am 15. und 22. April 2024 in den Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Treptow-Köpenick beantragt.“* Bisher: **„KEINE ANTWORT DER BEZIRKE.“** In allen drei Bezirken liegt die Zuständigkeit für das Ressort Verkehr bei Grünen Stadträten. Die Annahme, dass sich besonders Grüne um grüne Projekte bemühen, scheint falsch zu sein.

**Ed Koch**